

Sperrfrist: 10.05.2002

Redebeginn

*Freiheit in Verantwortung*

Rede von

Dr. Otto Graf Lambsdorff

auf dem Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei

Mannheim, den 10. Mai 2002

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

Sie wissen alle, dass wir Liberale manchmal Vermittlungsprobleme haben, wenn es darum geht, dem eingefahrenen politischen Betrieb in Deutschland wirtschaftspolitische Vernunft beizubringen.

Da treffen mittlerweile Welten aufeinander, die unterschiedlicher nicht sein könnten.

Ich möchte heute die schöne Wissenschaft der Nationalökonomie um einen neuen Begriff bereichern, um klar zu machen, worum es geht.

Der alte taugte in dieser Hinsicht nämlich nur bedingt.

Er lautete „Ordnungspolitik“.

Er hat nur die Ökonomen interessiert.

Natürlich sollten wir nicht aufhören, gute Ordnungspolitik zu betreiben.

Das große Anliegen Walter Euckens, des geistigen Architekten des Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit, ist aktueller denn je.

In Zusammenhängen solle man in der Wirtschaftspolitik denken, und an die „Interdependenz der Ordnungen“, ermahnte er seine Generation und die ihr folgenden. Wir bräuchten eine Sozialpolitik, die zu einer effizienten Marktwirtschaft passt, statt sie zu schwächen.

Wir bräuchten eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft zur Erreichung sozialpolitischer Ziele.

Wir bräuchten einen demokratischen Rechtsstaat, innerhalb dessen sich dies alleine entwickeln könne.

Das sei Ordnungspolitik.

Ich denke, sie ist auch weiterhin die Politik, die wir brauchen.

Der Nachteil des Begriffs „Ordnungspolitik“ besteht darin, dass er bei den heutigen Bürgern unseres Landes an keinerlei aktuelle Lebenserfahrung mehr anknüpft.

Der heutige Bürger, der aufmerksam die Nachrichten im Fernsehen anschaut und vielleicht sogar den Wirtschaftsteil seiner Zeitung ausführlich studiert, wird nicht die kleinste Spur von „Ordnungspolitik“ mehr finden.

Sie ist aus der politischen Realität der Bundesrepublik schlichtweg verschwunden. Wir müssen daher einen Begriff finden, den die Menschen aus ihrer Lebensmitte heraus verstehen.

Ich schlage vor: „Unordnungspolitik“.

Was „Unordnungspolitik“ ist, kann sich der Zuschauer der Nachrichten, der Leser der Zeitung und vor allem der Steuerzahler, der gerade seine Steuererklärung ausfüllt, gut vorstellen.

Es ist das, woran er heute leidet, insbesondere wenn er Arbeitsloser, Selbständiger, Freiberufler oder schlichtweg Leistungswilliger ist.

Der Begriff „Unordnungspolitik“ klingt zugegebenermaßen ein wenig negativ, er hat aber einen gewaltigen Vorteil.

In der Öffentlichkeit wird oft der Eindruck erweckt, die gegenwärtige Misere von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sei Folge einer konsequenten Politik des freien Marktes, oder eines vermeintlichen Neoliberalismus, womit nichts anderes als richtige Ordnungspolitik gemeint ist.

Es ist die „Unordnungspolitik“, die schuld ist.

Dies müssen wir klar machen.

Gelingt uns dies, so werden die Menschen sehen, wie abstrus doch das ganze modische Gerede von den ungezügelten Marktkräften in einem Land ist

- mit über 50% Staatsquote,
- mit international nur selten übertroffener Steuerlast
- mit dem mit Abstand meist regulierten Arbeitsmarkt unter allen OECD-Ländern – in einem Land, in dem schon die bloße Erwähnung des Wortes „Ladenschlusszeiten“ als subversiver Akt betrachtet wird.

Schon die kleinen „Unordnungspolitiker“ in unserem Land sind recht beeindruckend.

Da ist zunächst einmal Hans Eichel, der es zuließ, dass seine sowieso schon schwächliche Steuerreform mittelständische Unternehmen schlechter behandelt als juristische Personen.

Da ist Walter Riester, der in Zeiten höchster Arbeitslosigkeit eine Ausweitung der Mitbestimmung auf mittlere Betriebe durchsetzte, was den Betrieben seither schadet und keinen anderen Grund hat als den Gewerkschaften Honig ums Maul zu schmieren.

Und weil denen das nicht genug war, soll es gleich ab Juni noch ein neues Tariftreuegesetz als Geschenk dazu geben, das eindeutig zu Lasten mittelständischer Bauunternehmen in Ostdeutschland geht. Hoffentlich scheitert dieser Unfug im Bundesrat.

Dank sei den Wählern in Sachsen-Anhalt.

Und da ist noch der kleinste und unscheinbarste der „Unordnungspolitiker“:

Werner Müller, der sich gerade wieder einmal für den Erhalt der Steinkohlesubventionen ausgesprochen hat. Wer Milliarden für den Museumsbergbau deutsche Steinkohle hat, aber kein Geld für Forschung und Bildung, der macht Politik für die Vergangenheit, nicht für die Zukunft.

Die kleinen „Unordnungspolitiker“ sind aber nichts gegen unseren obersten „Unordnungspolitiker“, Bundeskanzler Gerhard Schröder. Er ist der „Mastermind“ der „Unordnungspolitik“.

Er hat uns die „Neue Mitte“ gebracht.

Das klingt so, dass selbst manche von uns Liberalen eine Zeit lang geglaubt haben, das sei ein Schwenk der Sozialdemokratie in Richtung von mehr Marktwirtschaft und mehr Liberalismus.

Der Grundgedanke dieser „Neuen Mitte“ laute, so wird verkündet, dass es „keine linke oder rechte, sondern nur noch eine gute oder schlechte Wirtschaftspolitik gebe“.

So etwas gefällt allgemein und tut auch nicht weh.

Gibt es jemanden, der ernsthaft für eine schlechte Wirtschaftspolitik ist?

Da findet sich natürlich kaum einer.

Offenbar geht es darum, zu sagen, dass eine „gute“ Wirtschaftspolitik sich nicht mehr um große Zusammenhänge bemühen, sondern alles ad hoc regeln sollte.

Die „Neue Mitte“, das haben wir lange nicht bemerkt, ist schon qua Definition

„Unordnungspolitik“.

Sie hat keinen inneren Maßstab für „gut“ und „schlecht“.

Sie ist eine Aufforderung zu planlosem und hektischen Interventionismus.

Insofern könnte man sogar mit Fug und Recht sagen, dass dieser Bundeskanzler tut, was er sagt.

Man könnte hinzufügen, das sei wohl gerade das Problem.

Konsequent hat der Kanzler begriffen, dass es die erste Pflicht des

„Unordnungspolitikers“ ist, nicht langfristig, sondern möglichst kurzfristig zu denken.

Solches Kurzfristdenken verhindert eine sinnvolle Rentenreform.



Solches Kurzfristdenken verhindert die Lösung der Arbeitsmarktprobleme.

Zu dem Kurzfristdenken, das anscheinend sehr gut mit dem kurzen Gedächtnis vieler Medien harmoniert, passt konsequenterweise auch ein gebrochenes Verhältnis zu den rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen.

Bei diesen Rahmenbedingungen geht es ja immer um Ordnung und um Langfristigkeit. Das gebrochene Verhältnis dazu muss jedem echten Liberalen ein Gefühl des Unwohlseins einflößen.

Es lässt ihn auf ein gespaltenes Verhältnis zum Rechtsstaat schließen.

Damit wird ein empfindlicher Nerv getroffen.

Der liberale Begriff der „Ordnungspolitik“ bedeutet ja, dass alle Komponenten der Politik aus „einem Guss“ sein sollen, wobei der Rechtsstaat die Klammer ist, die letztlich alles zusammenhält.

Die in der Öffentlichkeit gerne betonte Spaltung der Liberalen in Marktliberale und Rechtsstaatsliberale deutet auf ein tiefes Missverständnis über die Marktwirtschaft oder den Rechtsstaat oder beides hin.

In Wirklichkeit kann eines ohne das andere langfristig nicht funktionieren.

Rechtsstaat und Marktwirtschaft sind beides praktischer und folgerichtiger Ausfluss ein und derselben Idee, nämlich des Rechts des Einzelnen auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung.

Gerade auf dem Felde der Rechts- und Verfassungspolitik gibt es Entwicklungen, die langsam die Institutionen des Staates unterminieren.

Nehmen wir doch, weil mir das Thema sehr am Herzen liegt, den föderalen Aufbau unseres Landes, der eigentlich eine föderale *Ordnung* sein sollte, aber schon lange aufgehört hat, eine solche zu sein.

Jeder halbwegs Sachkundige weiß, dass die Reform des Föderalismus überfällig ist.

Dass sich die FDP in ihrem Wahlprogramm besonders ausführlich mit diesem Punkt befasst, ist erfreulich.

Ordnungspolitisch betrachtet ist unser Föderalismus heute nicht mehr der zu einer effizienten und modernen Marktwirtschaft passende Rahmen.

Statt Verantwortung zu dezentralisieren, die Macht des Bundes zu beschränken, den Wettbewerb zwischen den Länderpolitiken und -standorten zu fördern, die Bürgernähe der Politik zu stärken, macht unser Föderalismus heute das Gegenteil.

Statt Dezentralisierung der Verantwortung sorgen Kompetenzvermengungen und ein undurchsichtiger Finanzausgleich für schleichende Zentralisierung.

Der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftspolitiken der Länder ist nicht existent oder er ist zumindest verzerrt, weil eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes in einem Land nicht mit besseren Steuereinnahmen, sondern mit Mittelabführung an die Länder belohnt wird, die keine gute Wirtschaftspolitik betreiben.

Und mit Bürgernähe bedient uns der deutsche Föderalismus auch nicht, weil das Durcheinander der Kompetenzen und Finanzflüsse, das selbst von Experten nicht mehr durchschaut wird, dem Bürger bei seiner Stimmabgabe keine eindeutige Zuteilung von Verantwortlichkeiten zwischen den Politikern von Bund, Ländern und Kommunen ermöglicht.

Zusammen mit der Föderalismuskommission der Friedrich-Naumann-Stiftung habe ich in den letzten Jahren etliche Reformvorschläge vorgelegt, die auf einen subsidiär organisierten Wettbewerbsföderalismus abzielen, und die ich Ihnen ans Herz legen möchte.

Heute kann sich keiner mehr damit herausreden, er wisse nicht, dass hier eine der großen Systemfragen für unser Land liegt.

Bei einem Politikverständnis, dessen Zeithorizont selten über die nächste Meinungsumfrage reicht, ist leider nicht zu erwarten, dass die notwendigen unpopulären Entscheidungen getroffen werden.

Damit sind wir beim Hauptproblem.

Es hat sich langsam aufgebaut.

Es begann als originelle Idee in den Zeiten Karl Schillers und der Großen Koalition unter der Bezeichnung „Konzertierte Aktion“.

Unter Helmut Kohl hatte es bereits dermaßen Überhand genommen, dass man meinte, nun könne es nicht mehr schlimmer werden.

Da hatte man sich geirrt.

Die Rede ist von der Politik der unzähligen „Runden Tische“ oder sogenannten „Bündnisse“.

Sie ist Ausdruck eines Wunsches nach Harmonie und Konsens, den Politik in Wirklichkeit nie erreichen kann und nie erreichen sollte.

Schlimmer noch:

Es handelt sich dabei nicht um den demokratischen Konsens der Bürger, sondern um den Konsens von großen organisierten Interessengruppen.

So schafft man etwas, von dem in der Wirtschaft jeder weiß, dass es schlecht ist: Ein Kartell.

Kartelle wirken sich immer zu Ungunsten der Bürger aus.

Musterbeispiel ist das Tarifkartell, das uns den größten Teil der Arbeitslosigkeit beschert hat.

Eine Politik, die es allen Interessengruppen recht macht, kann nur falsch sein und sorgt dafür, dass die Politik gestaltungsunfähig wird.

Sie wird von denen, die sie bedienen will, letztlich weder geliebt noch anerkannt.

Die FDP stand Franz-Josef Strauß zu Recht sehr kritisch gegenüber, aber mit einem Ausspruch hatte er Recht:

„Everybody’s Darling ist everybody’s Depp!“

Kann es daher wundern, dass diese Bundesregierung, die nun wirklich versucht, „everybody’s darling“ zu sein, bei den Bürgern zunehmend auf Abneigung stößt? Welche Ehrfurcht soll man denn auch vor einer Bundesregierung haben, die im Zuge ihres groß angekündigten „Bündnisses für Arbeit“ zum Beispiel das Problem der Berufsverordnungen nicht durch Deregulierung, sondern durch die Beschleunigung von Regulierung lösen will? Während man in zähen Verhandlungen früher eine neue Berufsverordnung im Jahr erstellen konnte, so heißt es nun in stolzen Verlautbarungen, habe man im letzten Jahr ganze neun produziert.

Darunter so gewichtige wie den Fitnesskaufmann.

Ob die Fitnesskaufleute sich nicht doch mehr gefreut hätten, wenn man sie gleich hätte arbeiten lassen, anstatt sie auf die beschleunigte Berufsordnungsverordnung warten zu lassen?

A propos „Bündnis für Arbeit“!

Das sollte das Kernstück der Politik des Bundeskanzlers sein.

Und nun?

Beerdigung 3. Klasse.

Kennzeichen: Die Leiche trägt die Kerze selbst!

Es ist klar, dass eine Politik, die den traditionellen und fest im politischen Gefüge verankerten Verbänden nicht auf die Füße treten will, keine Zukunft hat.

Hier ist der Horizont mittlerweile genau auf jene Kleinlichkeit und Kurzfristigkeit reduziert worden, die sich für konsequente „Unordnungspolitik“ geziemt.

Dies hat angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit in unserem Land eine tiefe Abneigung gegen diesen Typ von Politik hervorgerufen.

Das ist die Chance, die wir Liberale nützen müssen.

Und die Chancen stehen besser denn je.

Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt hat manche Stimme zum Verstummen gebracht, die das „Projekt 18“ als billigen Werbetrick abtat.



Die FDP hat das Potential zu großen  
Zugewinnen.

Und das kommt nicht von ungefähr, sondern  
hat gute Gründe.

Dazu, so muss man fairerweise sagen, gehört  
natürlich auch der deplorable Zustand der  
Alternativen.

Weder die Regierung noch die anderen  
Oppositionsparteien erwecken auch nur  
ansatzweise den Eindruck, dass sie über eine  
halbwegs kohärente und machbare Reform-  
perspektive verfügten.

Richtig, die anderen machen es uns leicht!  
Aber das alleine würde den permanenten  
Aufstieg, denn wir seit fast zwei Jahren  
erleben, nicht erklären.

Ich sage es ganz ohne Eitelkeit:

Wir sind einfach in Top-Form!

Wir haben ein gutes Personaltableau mit

Guido Westerwelle,

Wolfgang Gerhardt,

Cornelia Pieper,

Rainer Brüderle,

Jürgen W. Möllemann,

Walter Döring und vielen anderen.

Wir haben neue Wählergruppen erschlossen, insbesondere die Erst- und Jungwähler, die ein langfristig anbindbares Stammwählerpotential bedeuten.

Wir haben wieder eine wachsende Verankerung in den Länderparlamenten, wie nicht nur Sachsen-Anhalt zeigt.

Und vor allem:

Wir haben ein gutes Programm. Selbst die nicht wohlmeinenden Kommentatoren werfen unserer Agenda nicht mehr Beliebigkeit und Profillosigkeit vor.

Allenfalls, dass sie nun doch ein wenig allzu profiliert und scharf formuliert sei, hört man. Solche Kommentare drücken – selbst wenn sie nicht positiv gemeint sein mögen – etwas Besonderes aus, nämlich Respekt.

Respekt ist besser als von jedermann gelobt, aber von niemandem ernst genommen zu werden.

Respekt erwirkt Auseinandersetzung mit dem Gegner, der einen plötzlich als satisfaktionsfähig einstuft.

Erst die Auseinandersetzung in der Gesellschaft macht ein Programm interessant.

Mit dem „Wiesbadener Programm“ von 1997 haben wir ein solch auseinandersetzungswürdiges Programm geschaffen.

Es bewirkte, dass die FDP – bei der man dies nie für möglich gehalten hatte – programmatisch interessanter wurde als etwa die Grünen.

Die Weichenstellung von Wiesbaden wurde seinerzeit auch innerhalb der FDP kritisiert, wie es ja einer Partei der liberalen Meinungsvielfalt gut ansteht.

Dabei stand vor allem die klare ordnungspolitische Note des Programms – seine marktwirtschaftliche Konsequenz – im Mittelpunkt der Kritik.

Inzwischen ist klar, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung diese marktwirtschaftliche Konsequenz völlig gerechtfertigt hat.

Der vorliegende Entwurf des  
Wahlprogramms schreibt dies alles fort.

An dieser Stelle möchte ich allerdings auch  
einige warnende Worte loswerden.

Ein schön auf Papier gedrucktes Programm  
alleine ist nicht viel wert.

Ein Programm muss glaubhaft vorgelebt  
werden.

Es spricht für die Führung der FDP, allen  
voran Guido Westerwelle, dass die FDP auch  
in den Jahren seit „Wiesbaden“ zu den dort  
formulierten Grundsätzen gestanden hat,  
auch als es mit ihr etwa im Jahre 1999 bei  
den Landtagswahlen an die bloße Existenz  
zu gehen schien.

Es war gut, auch in den Zeiten der Krise  
nicht den Stimmen des Wankelmuts in  
Grundsatzfragen nachzugeben.

Die Misere lag nicht am Programm, wie wir  
nun wissen.

Aber es waren mit dem Programm auch nicht  
alle anderen Probleme automatisch gelöst.

Eines davon war die werbewirksame  
Außendarstellung.

Mit dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 2000 hat Jürgen Möllemann hier Maßstäbe gesetzt.

Und seit dem Start von „Projekt 18“ ist für niemanden mehr die 5%-Hürde ein Thema.

Aber das alleine reicht eben auch nicht.

Man muss die Probleme in ihrer Gesamtheit kennen und dann lösen.

Kritiker haben uns oft vorgeworfen, dass die FDP für Macht jede Überzeugung opfern würde.

Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung zu diesem Thema nicht gerade gerecht zu nennen ist, ist sie doch leider immer noch recht verbreitet.

Dem kann nur entgegengewirkt werden, indem man über lange Zeit und auch in Zeiten besonderer Herausforderungen konsequente Politik betreibt.

Der kurzfristige Verzicht wird dadurch letztlich mit einer langfristigen Verbesserung aller Chancen belohnt.

Die Frage, die dahinter steht, wird schneller für uns aktuell als uns lieb ist.

Spätestens dann, wenn wir am 22. September ein hervorragendes Ergebnis einfahren, wollen diese vielen neuen Wähler auch bei der Stange gehalten werden.

Dabei ist die Koalitionsfrage ein entscheidender Prüfstein.

Sie ist nicht einfach.

Zu den Zeichen der Stärke, die die FDP in letzter Zeit hinzugewonnen hat, gehört auch die Tatsache, dass sie es sich leisten kann, ohne Koalitionsaussage ins Rennen zu steigen.

In den Zeiten, da sie sich auch als Funktionspartei definierte und noch nicht mit dem heutigen Programmprofil aufwarten konnte, wäre das einem Selbstmordversuch gleichgekommen.

Dass dies heute nicht mehr so ist, wird der FDP, die nun mehrere Optionen haben könnte, mehr Durchsetzungskraft verleihen.

Optionen zu haben, heißt aber auch, dass wir Entscheidungen zu treffen haben.

An diesen Entscheidungen werden wir letztlich gemessen.

Da machen es uns die potentiellen Koalitionspartner nicht gerade leicht.

Sollte die FDP am 22. September tatsächlich das „Zünglein an der Waage“ werden, dann gleicht die Koalitionsentscheidung einer Suche nach dem geringsten Übel.

Welches Übel dabei das geringere ist, ist nicht leicht zu erkennen.

Es gibt auch in der FDP Kräfte, bei denen man eine Zeit lang den Eindruck hatte, der Schlachtruf „keine Koalitionsaussage“ sei ausschließlich als eine Abwendung von der CDU und eine Hinwendung zur SPD zu verstehen.

Das mag seinerzeit geschehen sein, weil man sich anfänglich noch liberale Illusionen über die Natur der „Neuen Mitte“ machte.

Das muss man heute nüchterner sehen.

Deshalb warne ich da entschieden.

Der Satz „keine Koalitionsaussage“ sollte nichts anderes als auch wirklich „keine Koalitionsaussage“ bedeuten, oder man sollte gleich eine richtige Koalitionsaussage treffen – wovon ich allerdings abrate.

Keine der anderen Parteien steht für ein wirklich modernes Reformprogramm.

Keine steht wirklich für das, was dieses Land braucht.

Dass es die SPD nicht tut, deren Bundeskanzler lieber öffentliche Dispute mit Zweiflern an seiner Haarfarbe führt, anstatt sein vollmundiges Versprechen einzulösen, die Arbeitslosenzahl zu halbieren, ist nach vier Jahren Regierungszeit klar.

Aber auch die Union hat einen Kanzlerkandidaten, der zwar mit dem Begriff „kantig“ in die Arena stieg, aber im Verlaufe von nur kurzer Zeit windschlüpfig bis zur Formlosigkeit wurde.

Seine ursprünglich harten Positionen zu Föderalismus und Steuerpolitik sind von denen des Bundeskanzlers kaum noch zu unterscheiden.



Dafür hat er jetzt seine weiche Seite entdeckt und fordert den Tierschutz als Verfassungsziel.

Das ist ja nett von ihm, aber doch nicht gerade übermäßig kantig.

Wo die Prioritäten bei ihm heute liegen, kann man kaum noch erraten.

Wer schon im Vorfeld zur Macht so zurückkriecht, wie soll der erst regieren?

Es mag sein, dass es bei den anderen Parteien durchaus einige gibt, die ernsthafte Reformperspektiven verfolgen, aber damit rückt keine dieser Parteien während des Wahlkampfes heraus.

Alle haben den Geist der „Unordnungspolitik“ nämlich so verinnerlicht, alle haben die Konsenssucht bereits so weit getrieben, dass sie sich gar nicht mehr vorstellen können, dass der Wähler einen unbequemen Reformvorschlag überhaupt ertragen könnte.

Dass diese Konfliktscheu mittlerweile fast ans Pathologische grenzen muss, zeigt der Rückzieher des Kanzlerkandidaten der Union bei der Öko-Steuer.

Ich kann ihm versichern:

Vor der ersatzlosen Abschaffung dieser Steuer hat der Wähler keine Angst.

Der Bürger lehnt diese Steuer aus vollem Herzen ab.

Zu Recht, denn diese Steuer würgt die Konjunktur ab.

Diese Steuer hat auch noch den letzten kleinen Vorteil der angeblich großen Steuerreform neutralisiert.

Diese Steuer hat vor allem Geringverdiener, die auf ihr Auto angewiesen sind, schwer getroffen und ist unsozial.

Es wäre eigentlich Pflicht jeder Volkspartei, für die schnellstmögliche Abschaffung dieser Steuer zu sein.

Dass beide Volksparteien diese aber nicht betreiben, sondern nur die FDP, zeigt, dass diese Volksparteien keine echten Volksparteien im Sinne einer echten Verbindung zum Volk sind.

Wie dem auch sei:

Sollte die FDP nach dem 22. September vor einer Koalitionsentscheidung stehen, so sollte sie dreierlei tun:

Erstens:

Sie sollte genau und ohne jede Voreingenommenheit die jeweiligen Offerten überprüfen, wo das Maximum an liberaler Reform herauszuholen ist.

Es muss die liberale Handschrift erkennbar sein.

Eine wirklich durchgreifende Steuerreform mit durchgreifenden Steuersenkungen und Vereinfachungen wäre eine, aber nicht die einzige der Voraussetzungen.

Zweitens:

Auch weitere Oppositionsjahre sollten nicht ausgeschlossen werden, wenn die Offerten allzu mager sind.

Auch nur der bloße Anschein des Umfallertums muss vermieden werden.

Drittens:

Wir selbst müssen wissen, was denn eigentlich gewünschte liberale Handschrift in der Regierungspolitik ist.

Es ist ja nicht immer so, dass bei uns überhaupt keine Anfälligkeiten für „Unordnungspolitik“ bestünden.

Wenn etwa nach der Veröffentlichung der PISA-Studie der berechtigte Unmut über die Bildungspolitik in Deutschland im allgemeinen und über das Wirken der Kultusministerkonferenz im speziellen einige führende Liberale dazu verführt, nun das Ende des Bildungsföderalismus zu fordern und dem Zentralismus zu frönen, dann wirft das die Frage auf, ob das Prinzip des Wettbewerbs wirklich so verinnerlicht wurde wie man das bei Liberalen erwartet.

Dem Quasi-Zentralismus der Kultusministerkonferenz muss nicht Zentralismus, sondern der Wettbewerb der Bildungspolitiken entgegengehalten werden.

Auch bei der Frage der Strategie wünscht man sich ordnungspolitische Klarheit, das heißt die Übereinstimmung mit den Zielen. Sonst schafft man nur Konfusion in Politik und Wählerwahrnehmung.

So ist es klar, dass eine FDP, die in Sachsen-Anhalt 13,3 % gewinnen kann, und die höhere Ergebnisse – 18 % - im Bund anstrebt, neue Zielgruppen ansprechen muss. Vorschläge aus einem nördlichen Landesverband, man solle nun deshalb mit den Gewerkschaften engeren Schulterschluss anstreben, zeigen indes Verwirrung an.

Die ordnungspolitischen Anpassungen, die in Deutschland nötig sind, beziehen sich auf eine permanente Flexibilisierung und Individualisierung, die in unserer Gesellschaft stattfindet, ohne dass die traditionellen Großverbände dem Rechnung tragen.

Deshalb verlieren diese Verbände – Unternehmerverbände eben so wie Gewerkschaften – ständig Mitglieder.

Deshalb sind logischerweise allenfalls die nicht-organisierten, aber kaum die abnehmende Zahl der organisierten Arbeitnehmer unsere Zielgruppe.

Wer mit den Gewerkschaften auf Schmusekurs will, verbindet sich mit der organisierten Rückständigkeit.

Er wird am Ende selbst Teil der konsensseligen „Unordnungspolitik“, statt sie überwinden zu helfen.

Dabei sind die Chancen, einen Wechsel zu bewirken – oder jenen „Ruck“, den Alt-Bundespräsident Roman Herzog immer wieder fordert -, selten so gut wie gerade heute.

Langsam begreifen die Menschen, dass den Wohlfahrtsversprechen der Konsenspolitiker nicht zu trauen ist, sondern dass die Liberalen die richtige Reformbotschaft haben.

Diese Botschaft haben wir werbeträchtig verkauft.

Wir müssen aber, soll der Erfolg dauerhaft bleiben, auch ihre Seriosität betonen.

Hinter dem flotten Auftritt muss Substanz sichtbar sein.

Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir das ein wenig hinter den glänzenden Internet- und Talk Show-Auftritten vergessen.

Denn die Botschaft – „Freiheit in Verantwortung“ – ist eine, die auch intellektuell fundiert werden muss durch Einsicht in die Ordnungszusammenhänge.

Zuviel Begeisterung für kurzfristige Medienwirkung kann diese Einsicht in den Hintergrund treten lassen.

Hier muss Maß und Stimmigkeit im Auftritt gesucht werden.

Hier muss langfristig Glaubwürdigkeit aufgebaut werden.

Wenn wir von Freiheit in Verantwortung reden, dann meinen wir, dass wir als FDP zur Übernahme von Verantwortung in der Politik bereit sind.

Wir meinen das aber nicht in dem Sinne, dass wir durch Politik den Menschen ihre eigene Verantwortung wegnehmen wollen.

Im Gegenteil, wir wollen dem Bürger die Verantwortung wieder zurückgeben, die ihm über die Jahre mit sanften Methoden schleichend abgenommen wurde.

Freiheit und Verantwortung gehören zusammen.

Ohne die sich bedingenden Werte Freiheit und Verantwortung kann sich keine Bürgermoral entwickeln.

Wenn die Bevormunder und Etatisten in der Politik den Liberalen immer wieder vorwerfen, sie untergrüben mit ihrem Freiheitseifer nur die Moral, dann sollten sie lieber einmal ihre eigene Rolle in dem Spiel überdenken.

“Die Freiheit ist die Mutter der Tugend“.

*(Zitat Frauenrechtlerin Mary  
Wollstonecraft)*

An der Wahrheit dieser Behauptung aus dem Jahre 1792 hat sich seither nichts geändert.



Diese Freiheit braucht einen Rahmen, damit sie nicht zur Scheinfreiheit wird, die sich zu Lasten der Freiheit des jeweils anderen entfaltet.

Die Schaffung eines solchen Rahmens ist es, wofür liberale Politik sich einsetzt.

Dazu braucht man Ordnungspolitik.

Die FDP ist heute in der Position, sich stärker dafür einzusetzen als je zuvor.

Aber es sei doch vor Gefahren gewarnt.

Die Viren der „Unordnungspolitik“ sind allüberall und ansteckend.

Die Menschen in unserem Lande erkennen immer mehr und in einem Umfang, der vor einigen Jahren undenkbar zu sein schien, dass es nur einen wirksamen Impfstoff gegen diese Viren gibt.

Dieser Impfstoff heißt „liberale Politik“.

Je unverdünnter er verabreicht wird, desto besser wirkt er.

Und dass die Dosis stimmt, dafür wird der Wähler am 22. September sorgen.

Durch seine Stimme für die FDP.

Die FDP wirbt um die Stimmen der  
Wählerinnen und Wähler

- für den freiheitlichen Rechtsstaat
- für die freiheitliche Wirtschaftsordnung
- für das freiheitliche Bildungssystem

Wir wissen, dass wir es in Deutschland  
schaffen können.

Wenn wir nur alle wirklich anpacken,  
wirklich wollen.

Die Liberalen wollen es.

Darum geht es am 22. September